

Informationsblatt nach Art. 13/14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) - Bewerbungen -

Verantwortlicher:

Stadt Bad Lausick
Bürgermeister
Markt 1
04651 Bad Lausick

Datenschutzbeauftragter:

Uwe Killisch
mail@data.g-ses.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Durchführung von Bewerbungs-/Auswahlverfahren mit Ziel der Begründung eines Arbeitsvertrages oder Dienstverhältnisses mit der Stadt Bad Lausick
Rechtsgrundlagen: Artikel 6, Abs. 1 b und e) DSGVO
Paragrafen 6 Pkt. 1 und 11(2) Pkt. 5
Hauptsatzung der Stadt Bad Lausick

Speicherdauer:

Wenn kein Arbeitsvertrag oder Dienstverhältnis begründet wird, 3 Monate nach Abschluss des Verfahrens.

Empfänger der personenbezogenen Daten:

- Personalvertretung
- Jeweils betroffene Fachdienste
- Gleichstellungsbeauftragte
- Bürgermeister
- Verwaltungsausschuss,
- Vorsitzende der Stadtratsfraktionen

Art der Daten:

- Name
- Geburtsdatum,
- Geschlecht,
- Familienstand
- Wohnort
- berufliche Qualifikation, berufliche Referenzen
- Passbild

Andere Quelle der Personal-Daten:

- Jobcenter
- Beschäftigungsagenturen

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheit der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Sachsen ist die zuständige Aufsichtsbehörde der Landesbeauftragte für Datenschutz Sachsen.

Mit Abgabe Ihrer Bewerbung erklären Sie sich mit der Erhebung, Speicherung und Weiterverarbeitung Ihrer Daten zum Zwecke der Durchführung eines Auswahlverfahrens einverstanden.